

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphisch-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorrat 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Krisis.

Die Spannung, von der seit zwei Monaten die Atmosphäre Europas erfüllt ist, hat ihren Höhepunkt erreicht. Von den drei Hauptbeteiligten: Deutschland, England-Frankreich und Amerika wird fleißig an einer Lösung gearbeitet, nachdem man wochenlang die kostbare Zeit mit Drohungen und Passivität hatte verschwenden lassen.

Die deutsche Note an Amerika, die unsere Wiedergutmachungsvorschläge enthält, ist gestern abgegangen. Die Art, wie sie zu Stande gekommen ist, gäbe den Stoff für ein Lustspiel ab, wenn nicht der Hintergrund, der Kampf eines Volkes um die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen, so tragisch und das Ichfertige und frivole Spiel, das eine auch nach bürgerlichen Begriffen völlig unfähige Regierung und eine Clique bürgerlicher Politiker und Kapitalisten mit unsern Lebensinteressen treibt, nicht so empörend und erschütternd wäre. Welche innerpolitische Folgen aber auch die Unfähigkeit der Regierung, die sich in den letzten Tagen so glänzend offenbart hat, haben wird, ihre Vorschläge sind jedenfalls bereits in die Welt hinausgeschickt und die Welt wird zu ihnen Stellung nehmen müssen. Ihr Inhalt, der ursprünglich bereits Sonntag hätte veröffentlicht werden sollen, wird erst im Laufe des heutigen Tages bekanntgegeben werden, angeblich, weil — die amerikanischen Behörden Sonntags nicht amtieren! Wie man sieht, scheut die Regierung nicht mehr davor zurück, die deutsche Öffentlichkeit öffentlich zu verhöhnen. Die Umrisse der Vorschläge sind danach gerüchelt schon bekanntgeworden; doch hatten wir ihre Besprechung vor der offiziellen Bekanntgabe noch nicht für angebracht.

Zur gleichen Zeit, da in Berlin die Entscheidung über die deutschen Vorschläge gefallen ist, hielten der französische und englische Ministerpräsident in Lymans eine Besprechung über die Zwangsmassnahmen ab, die Frankreich für den 1. Mai in petto hat, wenn Deutschland ihm nicht mit diskutablen Vorschlägen zuvorkommt. Soweit sich die Sachlage beurteilen läßt, ist die englische Regierung wohl prinzipiell bereit, Frankreich marschieren zu lassen, aber da sie allen Grund hat, die scharfe Opposition der englischen Liberalen und insbesondere der Arbeiterschaft gegen eine Fortsetzung der Europa zerrüttenden Gewaltpolitik zu fürchten, will sie die Befehle des Hauptgebietes nicht vor Erschöpfung aller Verständigungsmöglichkeiten vornehmen lassen. Und da sowohl für England als auch für Italien und Amerika das wirtschaftliche Interesse ganz eindeutig gegen die Befehle des deutschen Kohlengebietes spricht und diese Staaten auch sonst an einer friedlichen Regelung der Wiedergutmachungsfrage, die die Lebensmöglichkeiten Deutschlands nicht vernichtet, das größte Interesse haben, darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß trotz der Annexionsgelüste der französischen Imperialisten, die dort die Zügel in der Hand halten, und trotz der kläglichen Haltung der bürgerlichen Clique, die hier die Zügel in der Hand hält, doch noch der Weg zur Verständigung gefunden wird.

Im nachstehenden geben wir die wichtigsten der heute eingetroffenen Meldungen über die jüngsten Ereignisse wieder:

Wie die Vorschläge zusammengestoppelt wurden.

Berlin, 25. April. (TU.) Von informierter nichtparlamentarischer Seite erfahren wir: Die nun fertiggestellte Note an Amerika enthält auch die neuen deutschen Gegenvorschläge, von denen Sonnabendabend noch nicht feststand, ob sie gleich in der Antwortnote oder erst später nach Amerika abgehen würden. Es ist anzunehmen, daß die Note noch heute dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger Wilson zur Übermittlung nach Washington übergeben wird. Montagfrüh neun Uhr wird die Regierung mit den Führern der bürgerlichen Parteien und der Reichsstaatsdemokraten eine Besprechung abhalten, in der sie von dem Inhalt der Note Kenntnis geben wird. Die Besprechung sollte ursprünglich am heutigen Sonntag, morgens 11 Uhr, stattfinden; sie wurde aber verschoben, da die Note nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte.

Sonnabendabend empfing die Regierung um neun Uhr die Führer der Regierungsparteien, die der Regierung hatten wissen lassen, daß sie ihr allein die Verantwortung für den unternehmen Schritt überlassen müßten, wenn die Regierung nicht Veranlassung nähme, die sie unterstützenden Parteien rechtzeitig zu unterrichten. Das Kabinett hatte die Wortführer des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei zu sich gebeten. Die Parteiführer nahmen in der etwa zwei Stunden dauernden Besprechung eingehend von dem Plan der Regierung Kenntnis. Zuerst wurden diese von dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth, später von dem Reichsminister des Innern Dr. Simons dargelegt.

Ferner wird uns mitgeteilt: Es handelt sich bei den deutschen Vorschlägen um eine Alternative von zwei Möglichkeiten. Der ganze Plan ist in neun Paragraphen zusammengefaßt. Da man im Kabinett der Auffassung war, daß die Volkstimmung in England und Frankreich dies verlangt, enthält der deutsche Vorschlag auch ein festes Zahlungsangebot, das die deutsche Leistungsfähigkeit im Auge behält, dadurch aber auch der Volkswirtschaft der Gegenseite Rechnung trägt. Es sieht in seiner Höhe zwischen den Pariser Beschlüssen und den deutschen Vor-

schlägen von London, schließt sich aber dem Londoner Vorschlag wesenlich mehr an als den Pariser Forderungen.

Die von den Parteiführern in der Besprechung vorgebrachten Gesichtspunkte waren in den nachfolgenden Beratungen des Kabinetts Gegenstand ausführlicher Erörterungen.

Berlin, 25. April. (TU.) Nachdem das Reichskabinett Sonnabendabend lange Beratungen mit den Parteiführern abgehalten hatte, wurde die Kabinettsitzung in späterer Nachtstunde fortgesetzt und Sonntagfrüh um neun Uhr wieder aufgenommen. Sonntag mittags hat das Reichskabinett den Text der Note an Amerika in einer Schlussberatung einstimmig festgesetzt.

Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, sind die Gerüchte, daß am Sonnabendnachmittag oder Sonntag Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern stattgefunden haben, falsch. Sie sind darauf zurückzuführen, daß am Sonnabendnachmittag das Kabinett sich mit den Führern der Koalitionsparteien über die endgültige Formulierung der Vorschläge beraten hat. Angeht es bei dieser Beratung noch zwei Vorschläge zur Beschlusfassung vorgelegen haben und es ist dann gelungen, diese beiden Vorschläge miteinander zu vereinen, indem man sie zusammenarbeitete (1). Der Berliner Votanzettel will über die Stellung der Parteien zu der durch die Note an Harding geschaffenen Situation erfahren haben, daß nicht nur von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sondern auch von einem beträchtlichen Teil des Zentrums und der Demokratie schärfste Kritik geübt wird.

Der angebliche Inhalt der Vorschläge.

Berlin, 25. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Ueber den Inhalt der deutschen Note an Amerika will die Berliner Montagspost folgendes erfahren haben: „Im Gegensatz zu den deutschen Vorschlägen, die auf der Londoner Konferenz überreicht worden sind, ist diesmal von der Regierung einer festen Reparationssumme abgesehen worden. Die deutschen Vorschläge sehen eine provisorische Lösung des Reparationsproblems vor, da sich die Entwicklung der deutschen Wirtschaft für mehrere Jahrzehnte nicht voraussehen läßt und deshalb nur eine Regelung für mehrere Jahre möglich ist. In ihrer Wirkung gehen sie aber weit hinaus über die deutschen Vorschläge von London. Die Jahreszahlungen sind höher, vertiefen sich allerdings auf einen längeren Zeitraum und nähern sich beträchtlich der von den Alliierten in London geforderten Summe. Der Hauptunterschied ist, daß für die Aufbringung der einzelnen Jahreszahlungen die deutsche Regierung ein ganzes System von Leistungen vorschlägt, in dem eine Barabgabe von der Produktion neben Sach- und Barleistungen eine wesentliche Rolle spielt. Der Antrag, einen großen Teil der Reparationssumme dadurch abzutragen, daß die deutsche Regierung die Schulden der Alliierten bei den Vereinigten Staaten übernimmt und die Zinsen zahlt, findet sich in den neuen Vorschlägen nicht vor. Innerhalb der Reichsregierung beurteilt man die Möglichkeit, auf Grund der neuen deutschen Vorschläge zu einer Verständigung mit den Alliierten zu gelangen, ziemlich hoffnungsvoll. Es hängt allerdings wesentlich davon ab, wie Präsident Harding das deutsche Angebot beurteilen wird.“ Sollten die Ausführenden der Berliner Montagspost über die neuen deutschen Vorschläge zutreffen, so müssen in allerleicher Stunde erhebliche Veränderungen an dem Plan der deutschen Vorschläge vorgenommen worden sein, da sie keineswegs den Nachrichten entsprechen, die bisher über die Art der deutschen Vorschläge bekannt geworden waren.

Paris, 25. April. (TU.) Nach der Daily Mail weilt eine Havana-Depesche aus Berlin folgende vier Punkte als die Grundlagen der neuen deutschen Vorschläge zu melden: 1. Angebot einer Summe, die weit über die in London angebotene hinausgeht; 2. Aufnahme einer internationalen Anleihe zur Zahlung der ersten Rate; 3. Übernahme der Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten; 4. Zahlung eines Teiles des Gewinns der deutschen industriellen Produktion.

Vertrauensvotum für die Stegerwald-Regierung.

Berlin, 23. April. Der Preussische Landtag nahm heute mit 216 gegen 130 Stimmen einen vom Zentrum und den Demokraten eingebrachten Antrag an, der folgenden Wortlaut hat: „Der Landtag hat die Erklärungen der Regierung am 22. April 1921 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Landes führen wird, und spricht ihr das Vertrauen aus, dessen sie nach der Verfassung zu ihrer Amtsführung bedarf.“

Tirol für den Anschluß an Deutschland.

Berlin, 25. April. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Ueber die Volksabstimmung in Tirol liegen bisher folgende Zahlen vor: Es wurden bisher 55000 Stimmen für und etwa 19000 Stimmen gegen den Anschluß abgegeben. In der Stadt Innsbruck wurden von 3300 abgegebenen Stimmen 32000 für den Anschluß abgegeben. 471 Zettel lauteten auf Nein, 134 waren unglücklich. Von auswärtigen Abstimmungsberechtigten, die in Innsbruck zur Urne gingen, wurden 2144 Stimmen abgegeben, davon 2139 mit Ja und 5 mit Nein. Die Ziffern aus den übrigen Städten zeigen etwa dasselbe Zahlenverhältnis.

Innsbruck, 24. April. M.T.S. Von etwa 150000 Stimmberechtigten haben ungefähr 90 Prozent Stimmen abgegeben, von denen mindestens 120 bis 125000 für den Anschluß an Deutschland gestimmt haben.

Regierungskrise.

Mit jeder Stunde verschärft sich die Krise. Wenn diese Jellen gedruckt sind, können möglicherweise schon die Männer bekannt sein, die die neue Regierung bilden sollen. Wie im vorigen Jahre vor Spa die Deutsche Volkspartei die Zusammenfügung der Regierung nach ihrem Willen entschied, wenn auch nicht alle ihre Ansprüche befriedigt wurden, so entscheidet sie sie jetzt erst recht. Das Zentrum kommt immer mehr ins Gedränge. Es hat keine Politiker großen Stils mehr; die paar alten wie Peter Spa hn, sind so gut wie abgetan, und die jungen Kräfte haben noch nicht genügend Ansehen und Einfluß, um im Interessenstreit der bürgerlichen Fraktionen obzuspitzen. Die Stimmstärke der Regierung ist Trumpf, und sie wird auch jetzt alle Register ziehen. Schon nennt man ehrgeizige Streber jener Fraktion als Reichskanzler und Außenminister, dabei wird aber auch der Name des letzten Geschäftsträgers in Paris genannt. Wie dem aber sei, soviel steht fest, die neue Stimmesregierung wird der sich verzehrenden Weisheit gegenüber nicht Herr werden.

Wenn jetzt von bürgerlicher Seite weidlich auf die jetzige Regierung geschimpft wird, so kann man dies nicht als unbegründet abtun, nur sollten die bürgerlichen Klassen ihre Vertreter in der Regierung nicht allein verantwortlich machen, und endlich das Vorurteil aufgeben, als wären nur sie die zum Regieren Berufenen.

Als Stinnes bei den Londoner Verhandlungen mit seinem zugeht über den Kopf der deutschen Regierung und der deutschen Delegation hinweg gemachten weitergehenden Vorschlag bei der Entente abfiel, da hätte man annehmen sollen, daß er daraus nun endlich lernen würde, die Improvisationspolitik aufzugeben und daß zur Lösung so gewaltiger Aufgaben, wie es die Wiedergutmachung und die Schuldenzahlung ist, planmäßig ausgearbeitete und gut begründete Pläne gehören und daß sie nicht erst, wie es bei London der Fall war, auf dem Wege zur Verhandlung ausgearbeitet werden können. Herr Simons hat nichts aus seinen Niederlagen gelernt. Beinahe acht Wochen sind seit dem Abbruch der Londoner Verhandlungen verfloßen; in sieben Tagen ist der Termin, an dem die neuen Sanktionen in Kraft treten. Was soll bis dahin geschehen? Deutschland soll 20 Milliarden Goldmark zahlen, es soll einen begründeten Plan über die Schuldauftragung der 226 Milliarden Goldmark und einen solchen des Wiederaufbaues vorlegen und Garantien geben, daß es diese Verpflichtungen getreulich erfüllt. Und was hat die Regierung getan? Zunächst hat sie Woche um Woche verstreichen lassen, ohne sie überhaupt etwas getan hat; währenddessen hat Simons französischen Berichterstattern versichert, Deutschland werde Vorschläge unterbreiten, die Frankreich annehmen könne. Dann ist er mit dem Reichskanzler auf den Gedanken verfallen, irgend jemand als Vermittler aufzutreiben, und als solchen hatten sie den Papst ausersehen. Wie glaubhaft versichert wird, hat der Vatikan weder geantwortet, noch die Vorschläge an die Entente weitergegeben. Die Zeit verfließt inzwischen immer mehr, und nun ist Simons mit Fehrenbach auf den neugewählten Präsidenten Harding verfallen, der helfen soll, obwohl Deutschland mit den Vereinigten Staaten formell noch im Kriegszustand ist. Wenn ein sozialdemokratischer Minister eine solche Note abgeschickt hätte, worin das ganze zukünftige Schicksal eines Volkes in die Hand eines fremden Staatsmannes auf Gnade und Ungnade gelegt worden wäre, die gesamte bürgerliche Presse hätte nicht nur tagelang über die politische Unfähigkeit gewetzelt, sie hätte sicher auch von Vaterlandsverrat geschrieen.

Die Antwort Hardings lautet nun nicht ganz ablehnend, und so ergreift Simons den Strohhalm, um sich noch zu retten. Eine neue Note geht an Harding, was wird sie enthalten? Eingeweihte, die an allen Ministerklären umherhören, wollen erfahren haben, sie enthalte Angebote über die Schuldenzahlung, die Frankreich genügen würden. Niemand weiß etwas Genaues. Das Parlament wird im parlamentarisch-demokratisch regierten Deutschland von der Minderheitsregierung ausgeschaltet, und so muß das Volk, in dessen Namen gesprochen wird und um dessen Haut es geht, abwarten, bis es durch die amerikanische Presse erfährt, was seine Regierung für Angebote gemacht hat. Das Volk kann sich mit den Ministern trösten, die bei der ersten Note an Harding auch ausgeschaltet wurden; dafür hatten die beiden „Macher“ es für richtig befunden, einen ausländischen Journalisten zur Mit Hilfe bei der Abfassung der Note heranzuziehen. Damit die Entente den guten Willen von Simons sieht, hat er ihr auch eine kleine Musterkarte von Wiederaufbauplänen unterbreitet und erwartet nun gelassen die Antwort. Die beiden Venter des Schicksals, Fehrenbach und Simons, haben sich nicht nur bei der Entente in die unhaltbarste Lage gebracht, sondern bei den eignen Kollegen in der Regierung und den Parteien. Und doch wäre es selbst einer nur ganz mäßig begabten Regierung möglich gewesen, in zwei Monaten eine halbwegs günstige Lage für sich und eine Verhandlungsbasis zu schaffen. Die Gegenüber-